



Plenarprotokoll

1. Sitzung

Dienstag, 27. Oktober 2009

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten.....	3	Beschlussfassung über die Landtagsgeschäftsordnung.....	11
Nachruf auf die ehemalige Abgeordnete Brunhild Wendel.....	4	Antrag der Fraktion von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW	
Wahl und Vereidigung der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten.....	6	Drucksache 17/7	
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP		Beschluss: 1. Bestellung des Innen- und Rechtsausschusses als Wahlprüfungsausschuss gemäß § 43 Abs. 1 Landeswahlgesetz	
Drucksache 17/1		2. Annahme des Antrags	
Beschluss: Abgeordneter Torsten Geerds zum Landtagspräsidenten gewählt.....	7	Drucksache 17/7	
		3. Bestätigung der Fortgeltung der Geschäftsordnung in der durch Antrag Drucksache 17/7 geänderten Fassung.....	11
Verpflichtung der Abgeordneten....	11		

Wahl der Vizepräsidentinnen oder der Vizepräsidenten und der weiteren Mitglieder des Sitzungspräsidiums	12	Jürgen Weber [SPD], zur Geschäftsordnung.....	16
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2		Beschluss: Absetzung von der Tagesordnung.....	16
Wahlvorschlag der Fraktion von CDU und FDP Drucksache 17/3		Gemeinsame Beratung	
Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 17/8		a) Einsetzung des „Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ der 17. Wahlperiode	16
Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/9		Antrag der Abgeordneten Wolfgang Baasch, Andreas Beran, Detlef Buder, Dr. Kai Dolgner, Peter Eichstädt, Rolf Fischer, Martin Habersaat, Bernd Heinemann, Birgit Herdejürgen, Dr. Henning Höppner, Anette Langner, Serpil Midyatli, Hans Müller, Birte Pauls, Regina Poersch, Sandra Redmann, Thomas Rother, Bernd Schröder, Olaf Schulze, Marion Sellier, Dr. Ralf Stegner, Siegrid Tenor-Alschausky, Dr. Gitta Trauernicht, Jürgen Weber (SPD) Drucksache 17/11 (neu)	
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/4		b) Einsetzung des „Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ der 17. Wahlperiode	17
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 17/5		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/13 (neu)	
Beschluss: Annahme.....	12	Jürgen Weber [SPD].....	17
Wahl und Vereidigung der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten	13	Tobias Koch [CDU].....	18
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/6		Wolfgang Kubicki [FDP].....	19
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	13	Thorsten Förter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	21
Vorstellung und Vereidigung der Landesministerin und der Landesminister	14	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	22
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)	15	Lars Harms [SSW].....	23
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/10		Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	25
Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	15	Beschluss: Annahme.....	25
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	16		

Beginn: 11:07 Uhr

Alterspräsident Lothar Hay:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf die Medienvertreter bitten, sich auf die vorgesehenen Plätze zu begeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der konstituierenden Sitzung des Landtags führt der Alterspräsident den Vorsitz, bis durch Wahl über die Besetzung des Präsidentenamtes entschieden worden ist. Ich gehöre dem Landtag seit der 13. Wahlperiode, die am 5. Mai 1992 begonnen hat, ununterbrochen an. Ich frage zunächst, ob ein Mitglied des Hohen Hauses dem Landtag länger angehört. - Ich sehe keine Wortmeldungen. Wie mir bekannt ist, gehören die Abgeordneten Torsten Geerds, Dr. Ekkehard Klug, Wolfgang Kubicki und Peter Lehnert dem Landtag ebenfalls seit der 13. Wahlperiode an. Von diesen Abgeordneten bin ich derjenige mit dem höchsten Lebensalter von 59 Jahren.

(Beifall)

Ich übernehme daher mit Ihrer Zustimmung die Aufgaben des Alterspräsidenten. - Vielen Dank.

Ich begrüße Sie alle herzlich und rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

Ich stelle die ordnungsgemäße Einberufung nach Artikel 13 Abs. 4 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein fest.

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Im Alter von 85 Jahren ist am 2. Oktober 2009 die frühere Landtagsabgeordnete Brunhild Wendel verstorben. Die gebürtige Dresdnerin gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1971 bis 1983 als Mitglied der SPD-Fraktion an. In diesem Haus brachte sie sich vor allem über die Arbeit des Agrar-, später des Agrar- und Umweltausschusses ein, und sie gehörte von der siebten bis zu neunten Wahlperiode dem Ausschuss Kommunaler Investitionsfonds an. Brunhild Wendel war eine zupackende, durchaus streitbare Sozialdemokratin, die sich voller Leidenschaft und aus tiefer Überzeugung für ihre Mitmenschen einsetzte. Sie vertrat starke Wer-

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

(Alterspräsident Lothar Hay)

te und ist ihren Weg gradlinig - auch gegen zum Teil erhebliche Widerstände - gegangen.

Menschen wie Brunhild Wendel sind es, die mit ihrem ganz besonderen Stil der Politik Authentizität verleihen - und das über den Tag hinaus, wie wir den Traueranzeigen entnehmen konnten. Brunhild Wendel hinterlässt eine spürbare Lücke, wenngleich sie schon seit Längerem nicht mehr in das aktive politische Geschehen eingegriffen hat. Ganz besonders gilt das für ihre Heimatgemeinde Schacht-Audorf, in der sie sich seit 1958 kommunalpolitisch engagierte und wo sie 1966 als erste Frau zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Aus diesem Amt schied sie erst 1993 aus - nach 27 Jahren, und damit als damals dienstälteste Bürgermeisterin Deutschlands.

Auch danach war die resolute, wortgewaltige und bodenständige Politikerin, die sich unermüdlich und mit großer Hingabe für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt hat, eine gefragte Ratgeberin, die bis zuletzt am öffentlichen Leben ihrer Gemeinde teilgenommen hat. Sie gehörte tatsächlich zum politischen Urgestein der Region, und es besagt alles über die Anerkennung, die sie genoss, dass sie, die Ehrenbürgerin ihrer Gemeinde, noch im November vergangenen Jahres, 15 Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Amt, mit einem Fackelzug und einem Feuerwehrmusikkorps so geehrt wurde.

Für ihre Verdienste um unser Land wurde Brunhild Wendel mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille ausgezeichnet. Sie erhielt auch viele hohe Auszeichnungen aus dem ehrenamtlichen Bereich und insbesondere von den freiwilligen Feuerwehren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seiner ehemaligen Abgeordneten Brunhild Wendel in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen. Ich bitte Sie, nun einen Augenblick innezuhalten und unserer früheren Kollegin im Stillen zu gedenken oder sie in ein stilles Gebet einzuschließen. - Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, da wir nicht ohne Schriftführer auskommen, ernenne ich die Abgeordneten Markus Matthießen und Hans Müller zu vorläufigen Schriftführern. Ich bitte Sie, neben mir Ihre Plätze einzunehmen. - Damit ist das vorläufige Sitzungspräsidium gebildet.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat die Wahl von 95 Abgeordneten festgestellt.

Nach dem Wahlergebnis verteilen sich die Mandate wie folgt: CDU 34 Sitze, SPD 25 Sitze, FDP 15 Sitze, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Sitze, DIE LINKEN 5 Sitze und der SSW 4 Sitze. Die Wahlprüfung durch den Landtag wird noch erfolgen. Die von der Landeswahlleiterin als gewählt festgestellten Abgeordneten sind zu dieser Sitzung geladen worden. Ich kann insofern die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses feststellen.

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Nach Behandlung von Tagesordnungspunkt 8 sind die Tagesordnungspunkte 9 und 11 zur gemeinsamen Beratung vorgesehen, Anträge der Fraktion der SPD sowie der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Einsetzung des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode. Einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt werden soll Tagesordnungspunkt 10. Wir werden voraussichtlich bis 13 Uhr tagen und die Sitzung am Nachmittag um 15 Uhr fortsetzen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist guter Brauch in diesem Haus, dass der Alterspräsident vor dem Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes einige grundsätzliche Bemerkungen an das neu zusammengetretene Parlament richtet. Gestatten Sie mir wenige, eher persönliche Worte.

Ich bin seit 1992 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Als Landespolitiker habe ich in den 17 Jahren viel Erfreuliches miterleben dürfen, ich habe zu Beginn meiner parlamentarischen Arbeit aber auch Unangenehmes als Mitglied eines Untersuchungsausschusses begleiten und gerade in den zurückliegenden Jahren Turbulenzen und weniger Erfreuliches mit erfahren müssen. Sie wissen alle, vom Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister bis hin zum Alterspräsidenten im Landtag kann es in Schleswig-Holstein ein kurzer Weg sein. Dabei habe ich die Menschen nie nach ihrer Gesinnung beurteilt, sondern nur nach ihrem Charakter.

Der heutige Tag darf jedoch kein Moment des Verharrens in der Vergangenheit sein. Es gilt, den Blick nach vorn zu richten. Der neu gewählte Landtag hat den Auftrag, und er besitzt die Chance, die gewaltigen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, durch eine konstruktive parlamentarische Arbeit in den Fraktionen anzupacken. Ich wünsche mir, dass bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe die parteipolitische Rivalität auf die Diskussion und den Kampf um das Durchsetzen der besten Ideen beschränkt bleibt. Lassen Sie mich es

(Alterspräsident Lothar Hay)

noch deutlicher sagen: Aus einer politischen Gegnerschaft und Konkurrenz im Kampf um die Sache darf keine Feindschaft, auch keine persönliche Feindschaft erwachsen. Dies ist unserer parlamentarischen Demokratie unwürdig und schadet ihr immens.

(Beifall im ganzen Haus)

Aber ich will meine Gedanken noch etwas weiter ausführen. Natürlich bestimmen die neue Landesregierung und die sie stützenden Regierungsfraktionen im Landtag maßgeblich die politischen Geschicke für unser Land. Sie tragen mit der Verantwortung aber auch eine Bürde. Diese wird in den nächsten Jahren gewiss nicht leichter. Die landespolitische Arbeit, wenn sie erfolgreich gestaltet werden soll, ist deshalb auf den ungehinderten Zustrom guter Ideen angewiesen. Sie ist daher auch angewiesen auf Vorschläge und Anregungen, die von den in der Opposition befindlichen Fraktionen stammen. Die endgültigen Ergebnisse in der Politik beweisen immer wieder: Niemand hat die Weisheit ganz allein für sich gepachtet.

Ich habe jedenfalls in meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender und Minister in den vergangenen Wahlperioden wiederholt die Erfahrung gemacht, dass gute und unkonventionelle Vorschläge auch von anderer Seite kommen können. Gerade in unserem jetzt zusammengetretenen Sechs-Fraktionen-Parlament, das sich in seiner parlamentarischen Arbeit neu finden muss, tun alle politisch Beteiligten, tut auch die Regierungsseite gut daran, sich der gedanklichen Arbeit anderer Fraktionen nicht aus grundsätzlichen Erwägungen zu verschließen, sondern durchaus gute Ideen zu vernehmen oder gar zu anzunehmen. Harte und kritische Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Argumenten, ja, aber in der Tonlage angemessen und in der Sache fair und konstruktiv. Das ist meine Bitte im Umgang miteinander, die ich an Sie richte. Dem Erscheinungsbild des Schleswig-Holsteinischen Landtags wäre das sicherlich dienlich.

Denn das Ergebnis der Landtagswahlen, die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler, hat es mit sich gebracht, dass die von allen zu tragende Gesamtverantwortung in einem Parlament mit nun sechs Fraktionen neu austariert werden muss, wollen wir nicht allein Partikular- und Klientelinteressen Vorschub leisten. Die Bürgerinnen und Bürger jedenfalls haben kein Verständnis für undurchsichtiges Taktieren um des minimalen Vorteils weniger.

Lassen Sie mich meine Gedanken aber noch ein wenig darüber hinausgehend weiterentwickeln. Wir

erinnern in wenigen Tagen an die zwanzigjährige Wiederkehr des Falls der Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland. In ihrem tiefen Kern ist die darauf folgende Vereinigung der beiden Teile Deutschlands eine Erfolgsgeschichte geworden. Auch Schleswig-Holstein und der Landtag haben einen Beitrag zum guten Gelingen geleistet. Darauf können wir zu Recht alle stolz sein.

Dennoch ist noch nicht alles Trennende in den Köpfen mancher - pessimistischere Stimmen sagen: in den Köpfen vieler - überwunden. Sicherlich muss da und dort nachjustiert werden. Aber die viel zitierte „Mauer in den Köpfen“ ist mir ein zu starkes Bild. Denn die Frage ist: Dokumentiert diese Mauer auch ein starres und einheitliches Bild? Ich habe da einige Zweifel. Die Gegensätze scheinen mir in vielen Fällen eher stimmungsmäßige, gefühlsmäßige Vorbehalte zu sein, die auf graduellen Unterschieden landsmannschaftlicher Mentalitäten beruhen.

Warum erwähne ich das? - Ich glaube, dies vermeintlich Trennende, diese Pflege von Gegensätzen erleben wir gerade in der Landespolitik immer dann, wenn regionale Landesteile unter subtil emotionaler Betonung eines landsmannschaftlichen Aspekts ihre Interessen positionieren. Interessant ist für mich dabei stets zu beobachten, wie innerfraktionell und zugleich interfraktionell Schulterschlüsse entstehen. Ich werde hier ausdrücklich keine Beispiele nennen. Es geht hier und heute auch nicht um das Zuweisen von Verantwortung oder Nicht-Verantwortlich-Sein für das Erschweren oder Finden guter, übergreifender Lösungen. Ich will aber darauf hinweisen, dass mit der rituellen Pflege von Gegensätzen, von Besonderheiten, von regionalen oder gar lokalen Eigenheiten, die in Ansprüche und Besitzstandswahrung umgemünzt werden, die Politik unser Land nicht zukunftsfähig gestalten kann.

Schleswig-Holstein ist das einzige über Jahrhunderte historisch gewachsene Bindestrich-Land innerhalb unseres föderalen Bundesstaats. Ein Land, in dem die zwei Landesteile Schleswig und Holstein - gemäß ihrem historischen Leitsatz „up ewig ungedeelt“ - ihre unverbrüchliche Einheit stets aufs Neue bekräftigt haben. Wir sollten diese staatliche Einheit der Landesteile Schleswig und Holstein nicht durch Kleinteiligkeit im Denken und Handeln schwächen.

Heimat und die Verbundenheit mit dieser ist für uns alle ein wichtiges Gut. Aber auch Lübecker, Dithmarscher, Eiderstedter, Kieler, Flensburger, Angelter, Südschleswiger, Fehmaraner, Lauenburger, Steinburger oder Nordfriesen - den gibt es in der

(Alterspräsident Lothar Hay)

verwaltungspolitischen Begrifflichkeit ja erst seit der Gründung des Kreises Nordfriesland 1970; da war ich schon lange nicht mehr in diesem Kreis - sind zuallererst Schleswig-Holsteiner, und als solche haben wir Entscheidungen im Landtag im Sinne des Gesamten, des ganzen Landes zu fällen. Daran zu denken, bitte ich Sie alle herzlich.

Nun bin ich aber nach 17 Jahren im Landtag kein Illusionär: Natürlich sind alle Abgeordnete in gewisser Hinsicht kleine Ich-AGs und als solche ihren Regionen und ihren Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Sie möchten, wollen und müssen ihren Wahlkreisen Gutes tun. Wer das verkennt, versteht nicht, wie die Mechanismen von Realpolitik wirklich funktionieren. Doch viele künftig zu treffende Entscheidungen werden allein schon aufgrund der finanzpolitisch katastrophalen Lage Einschnitte nach sich ziehen und schmerzhaft sein. Der daraus resultierende öffentliche Druck wird uns allen begegnen. Daher sollten wir versuchen, Interessenabwägungen mit Augenmaß vorzunehmen und zu vertreten, um das Gesamte im Blick zu behalten.

Die gesamte finanzpolitische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Land erfordert, dass Schleswig-Holstein ein kleinteiliges Denken und Handeln nach alt vertrauter Manier und überkommenen Handlungsmustern nicht mehr verkraften kann. Politik nach diesem Muster würde nur zu einem weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit führen. Wir müssen aufhören, in Kirchtürmen zu denken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Begriff „Fraktion“ entstammt dem lateinischen Wort „fractio“ und heißt übersetzt so viel wie „Teil“ oder „Bruchteil“. Die politischen Fraktionen in diesem Haus sollten sich als Teil des Ganzen verstehen, die einem gemeinsamen Ziel verpflichtet sind, auch wenn sie dorthin verschiedene Wege beschreiten wollen.

Die Politik muss für Schleswig-Holstein zukunftsfähige Antworten finden. Das ist mit die vornehmste Kernaufgabe des Parlaments, des neuen Landtags. Und in diesem Zusammenhang beziehe ich mich gern auf ein Zitat von Hermann Hesse: „Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.“

Wir sollten das Unmögliche trotz und gerade wegen unserer unterschiedlichen Positionen gemeinsam versuchen.

Lassen wir uns nicht beirren: Es geht nicht um die Macht um der Macht willen. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Für diese wünsche ich uns al-

len ein erfolgreiches Arbeiten in der 17. Wahlperiode.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Wahl und Vereidigung der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1

Der Landtagspräsident ist in geheimer Wahl für die Dauer der Wahlperiode zu wählen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Wir treten damit in die Wahlhandlung ein. Mir liegt hierzu die Drucksache 17/1, Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP, vor. Es wird vorgeschlagen, den Abgeordneten Torsten Geerds zum Landtagspräsidenten zu wählen. Ich frage: Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Ich gebe noch einige kurze Hinweise für den Ablauf des Wahlvorgangs. Die Stimmzettel erhalten Sie am Ende des Aufgangs zu meiner Linken. Ich bitte Sie, die Rampe dort zu benutzen und rückwärts in die Wahlkabinen zu gehen.

(Heiterkeit)

- Ich habe das einmal versucht; mal sehen, ob das hinhaut.

Die Kabinen befinden sich hinter meinem Rücken.

(Heiterkeit)

Ich bitte Sie, den Stimmzettel in der Wahlkabine mit dem dort liegenden Bleistift - bitte nur mit diesem Bleistift! - bei Ja oder bei Nein oder bei Enthaltung anzukreuzen. Anschließend werfen Sie bitte den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne, die am Aufgang zu meiner Rechten stehen wird.

Ich darf den Wahlgang eröffnen und bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem wir eben den Abgeordneten Klinckhamer vergessen hatten, frage ich lieber noch einmal: Haben wir einen Abgeordneten vergessen, zur Stimmabgabe aufzurufen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Wahlakt beendet, und ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung der Stimmen für zehn Minuten.

(Alterspräsident Lothar Hay)

(Unterbrechung: 11:46 bis 12:01 Uhr)

Alterspräsident Lothar Hay:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Die Abstimmung über den Wahlvorschlag, den Abgeordneten Torsten Geerds zum Landtagspräsidenten zu wählen, hat folgendes Ergebnis gebracht: Es wurden 95 Stimmen abgegeben. Davon waren 95 Stimmen gültig. Mit Ja haben 88 Abgeordnete gestimmt, mit Nein vier Abgeordnete. Es gab drei Enthaltungen.

(Anhaltender Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist Herr Abgeordneter Torsten Geerds zum Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags gewählt worden.

Ich frage Sie, Herr Geerds, ob Sie die Wahl annehmen.

(Torsten Geerds [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an! - Beifall)

Ich spreche Ihnen die Glückwünsche des Hohen Hauses aus und bitte Sie, zur Ableistung des Eides nach vorn zu treten. Die Anwesenden bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, sie mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich - Präsident Torsten Geerds wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Ich wünsche Ihnen viel Freude in diesem hohen Amt und eine gute Hand bei der Wahrnehmung Ihrer Aufgaben zum Wohl des Landes Schleswig-Holstein und seiner Menschen.

(Anhaltender Beifall)

Ich bitte Sie, den Vorsitz zu übernehmen und mich abzulösen.

Präsident Torsten Geerds:

Sehr geehrter Herr Alterspräsident Lothar Hay! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein erster Gruß gilt dem Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft, Herrn Röder. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen allen sehr herzlich für das Vertrauen, das Sie mir bei der Wahl zum Landtagspräsidenten ausgesprochen haben.

Ich gestehe offen ein: Eine solche Wahl durch die Kolleginnen und Kollegen ist etwas ganz Besonderes. Ich freue mich daher sehr über das gute Ergebnis. Ich freue mich auch auf die Aufgaben, die mit dem neuen Amt auf mich zukommen.

Doch bevor ich darüber einige Worte spreche, möchte ich mich zuvor an den Herrn Alterspräsidenten Lothar Hay wenden und ihm für seine umsichtige Amtsführung ganz herzlich danken. Lieber Herr Kollege Hay, ich habe feststellen dürfen, dass die Bezeichnung „Alterspräsident“ eine überaus relative ist. Sie haben das Amt in der Ihnen eigenen Weise humorvoll-trocken und sehr sympathisch wahrgenommen. Zugleich haben Sie uns, lieber Herr Hay, mit Ihren Anmerkungen die Schwere der gemeinsamen Verantwortung für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben sehr deutlich gemacht - zu Recht. Dafür möchte ich Ihnen im Namen des ganzen Hauses danken.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als frisch gewählter Landtagspräsident gratuliere ich Ihnen allen sehr herzlich zur Wahl und zur Annahme Ihres Mandats. Ich darf Sie zu Beginn der 17. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags sehr herzlich begrüßen. Insbesondere begrüße ich unsere neuen Kolleginnen und Kollegen.

Das Landesparlament steht mit Beginn der neuen Wahlperiode sowohl in personeller Hinsicht als auch mit Blick auf die Aufgaben vor einer tiefgreifenden Zäsur. Insgesamt 48 neue Abgeordnete verstärken von heute an das nun 95 Frauen und Männer zählende Landesparlament. Viele von Ihnen kennen das politische Tagesgeschäft aus Ihrer kommunalpolitischen Arbeit oder aus Ihrer Tätigkeit in Verbänden oder anderen politischen Gremien. Ich bin mir sicher: Sie werden sich sehr schnell in die Materie der Landtagsarbeit hineinfinden. Sie alle bringen Ihrer persönlichen Vita entsprechend berufliche, politische und persönliche Qualifikationen und Erfahrungen mit, die Sie zum Wohl des Landes einbringen können. Ich freue mich auf ein konstruktives und gewinnbringendes Miteinander bei der gemeinsamen Arbeit hier im Haus.

Es ist für mich zugleich eine selbstverständliche Pflicht und auch eine persönliche Verpflichtung, das Amt des Landtagspräsidenten mit der gebotenen Überparteilichkeit und Neutralität wahrzunehmen.

(Präsident Torsten Geerds)

men. Ich will versuchen, die gemeinsamen Belange dieses Hauses nach außen würdig zu vertreten und dabei den Belangen aller Fraktionen gerecht zu werden.

Ich möchte daher zusammen mit den künftigen Vizepräsidentinnen des Landtags in alle Fraktionen hinein Brücken der politischen und menschlichen Verständigung bauen. Hier werde ich mich in der Ausübung meines Amtes an der vorbildlichen Haltung meines Amtsvorgängers Martin Kayenburg orientieren, an den ich an dieser Stelle ein Wort des Dankes richte.

(Beifall im ganzen Haus)

Lieber Herr Kayenburg, Sie sind ein unbeirrbarer Streiter für die verfassungsmäßigen Rechte dieses Parlaments gewesen. Auch dafür gebührt Ihnen unser aller Dank.

(Beifall)

Ich beziehe mich auch sehr bewusst auf die nachdenklich stimmenden Worte des Herrn Alterpräsidenten Lothar Hay. Unsere Arbeit im Parlament und der mitunter durchaus hitzige politische Streit um die Sache - all das darf nicht zu Feindschaften führen. Freundschaften darf es auch in diesem Haus über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg geben, und wir sollten sie pflegen.

Das Ansehen unseres Landtags bei den Menschen im Land wird in hohem Maße auch dadurch bestimmt, wie wir Politiker uns im Umgang miteinander präsentieren. Dieser Brückenschlag zu einer guten Verständigung zwischen den Fraktionen wird mir und meinen Kolleginnen - dessen bin ich mir sicher - auch umso leichter gelingen, weil keine rechtsextremistische Partei den Einzug in unseren Landtag geschafft hat.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein haben verantwortungsbewusst gehandelt und sich nicht von rechtsextremistischen Rattenfängern vereinnahmen lassen. Das ist sehr gut für unser Land.

Lassen Sie uns daher gemeinsam eine politische Kultur - auch eine Streitkultur - pflegen, die unseres Landes würdig ist. Denn eine kritisch-konstruktive Arbeitsatmosphäre ist eine Grundvoraussetzung für die gute Arbeitsfähigkeit und das Leistungsvermögen eines Parlaments und damit mit ausschlaggebend für dessen Ansehen.

Die Landesregierung und der Schleswig-Holsteinische Landtag stehen in dieser Legislaturperiode vor

gewaltigen Herausforderungen, die es anzupacken gilt. Die fatale Finanzlage unseres Landes und die Probleme im Zuge der Wirtschaftskrise seien hier zuallererst genannt. Es ist absehbar, dass bei knappen politischen Mehrheitsverhältnissen um die besten Lösungen hart gerungen werden muss. Natürlich stellt sich angesichts der globalen Finanzmärkte und deren unkontrollierter und zügelloser Eskapaden die Frage, ob und inwieweit ein Landesparlament noch etwas bewirken kann. Ich meine, es kann etwas und es muss etwas ausrichten können. Die Wirtschaft darf die Politik nicht auf die handlungspolitischen Zuschauerplätze verdrängen. Das Primat der Politik ist bestimmend für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Politik ohne Gestaltungskraft verlore ihre Zweckhaftigkeit und ihren Sinn. Der Souverän - die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins - haben uns als ihre Repräsentanten gewählt, damit wir im Landtag verantwortbare Lösungen für unser Land entwickeln können. Es ist unsere Pflicht, Orientierung zu geben.

Die strukturellen Entwicklungen auf der Ebene der Europäischen Union und auf Bundesebene machen aber auch deutlich, dass viele Probleme nicht in unseren Gremien behandelt werden, sondern an anderer Stelle. Die Föderalismusreformen haben zwar manche politische Aufgabe zugunsten der Länder neu justiert. Dennoch meine ich, dass gerade mit Blick auf den Lissabon-Prozess der Europäischen Union auch der Landtag aufholen muss, will er seinen Aufgaben kompetent nachkommen. Darum plädiere ich sehr für eine starke Positionierung des Europaausschusses im Landtag und eine Verflechtung mit Fachpolitikern anderer Ausschüsse. Wir sollten auch darüber nachdenken, inwieweit wir den Landtag bei der informativen Lobbyarbeit und der politischen Arbeit in Brüssel noch viel stärker mit Gruppen, beispielsweise unseres kommunalpolitischen Raums, vernetzen können.

(Beifall)

Als Landtagspräsident bin ich zu überparteilicher Neutralität verpflichtet. Gleichwohl werde und will ich auch mit Blick auf die von mir skizzierte Entwicklung gewiss kein unpolitischer Landtagspräsident sein. Deshalb werde und will ich auch auf fraktionsübergreifender Basis politische Themen ansprechen und inhaltliche Arbeit dazu anstoßen, die aus meiner Sicht dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger dienen und dem Wohl des Landes zugutekommen.

Herr Kollege Hay sprach es an: Wir gedenken in wenigen Tagen des Falls der Mauer und in dessen Folge der wiedererlangten Einheit Deutschlands.

(Präsident Torsten Geerds)

Das ist weitaus mehr als ein Grund zur Freude, darin sind wir uns alle einig. Es ist aber das erste Mal, dass in den Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag Mitglieder einer Generation vertreten sind, die den Mauerfall jedenfalls bewusst nicht miterlebt haben. Sie waren damals drei, fünf oder acht Jahre alt. Ihr Erleben der Einheit ist ein Blick auf die Geschichte. Sie sehen dadurch viele Dinge im Verhältnis zwischen Ost und West unbefangener als wir.

Die jüngeren Generationen werden in absehbarer Zeit wesentlich stärker als bisher die Geschicke unseres Landes verantwortlich mitgestalten müssen, und Sie, die Jüngeren, werden gerade mit Blick auf die Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit von Politik Fragen stellen und Interessen formulieren. Das ist ein Arbeitsfeld, dem sich der Landtag nach meiner festen Überzeugung nicht verschließen wird. So ist die erfolgreiche Gratwanderung zwischen einer Konsolidierung des Landeshaushalts und sinnvollen Investitionen in Bildung, Ausbildung, Forschung und Infrastruktur für mich ein Muss, wollen wir den Haushalt langfristig sanieren und Wachstum generieren.

Weit über diese spezifischen Themen hinaus betrachte ich die Zugehörigkeit junger Kolleginnen und Kollegen als einen unbedingten Gewinn für unser Parlament. Ihre Sichtweisen auf sachpolitische Zusammenhänge, Ihre Denk-, Arbeits-, Handlungs- und Kommunikationsmuster unterscheiden sich wesentlich von denen manch älterer Kollegen. Ich habe zwischenzeitlich mit großem Interesse einige Blogs auf den Webseiten der jungen Kolleginnen und Kollegen studiert und bin fest davon überzeugt, dass wir viele gute Anregungen erhalten und eine vertrauensvolle und konstruktive Arbeitsebene miteinander finden werden.

Ich möchte Sie als Jüngere daher auffordern: Bringen Sie Ihre Ideen und Gedanken in die Arbeit des Landtags und in die Arbeit der Ausschüsse ein. Seien Sie mutig, und beherzigen Sie eines: Sogar im Schleswig-Holsteinischen Landtag wird nur mit Wasser gekocht.

(Vereinzelter Beifall)

Ich habe 1992 im Alter von 29 Jahren eine meiner ersten Reden hier im Parlament gehalten. Nie vergessen habe ich den folgenden Zwischenruf: „Sie Grünschnabel, Sie.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer war das?)

- Der Betreffende ist noch im Haus!

(Heiterkeit)

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So viele können das nicht sein!)

- Lieber Herr Kubicki, ich habe da einen Protokollausschnitt.

(Heiterkeit)

Der Ruf brachte mich damals ein wenig aus dem Gleichgewicht. Von daher mein Rat an die Jüngeren: Lassen Sie sich durch so etwas überhaupt nicht beeindrucken.

(Anhaltender Beifall)

Mein Ziel als Landtagspräsident ist es, die Kontakte zu Ihnen, den jüngeren Landtagsmitgliedern, zu bündeln und regelmäßige und fraktionsübergreifende Gespräche zu suchen, ohne dass ich dabei die etwas reiferen Jahrgänge in diesem Haus, zu denen ich mich auch zähle, vernachlässigen oder gar ausgrenzen will. Nein, das ist nicht meine Absicht. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir als generationen- und interessenübergreifender Landtag politisch noch leistungsfähiger im Sinne des Gesamtwohls des Landes handeln können.

Für dieses Gesamtwohl müssen wir in Schleswig-Holstein auch den Ausgleich und die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie noch weiter voranbringen. Die globalen Krisen - die Klimakrise, die Wirtschaftskrise und die Ernährungskrise - dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Kurzfristiger wirtschaftlicher Erfolg, erzielt durch Raubbau an unserem Planeten, macht uns alle in absehbarer Zukunft arm. Natürlich können wir in Schleswig-Holstein die existenziellen Krisen dieser Welt nicht allein lösen. Aber wir können manche Lösungen aufzeigen. Denn als Land der erneuerbaren Energien, bei der Gebäudesanierung, die Handwerk und Mittelstand stützt und nützt, und als ein Land, das schon um seiner Wettbewerbsfähigkeit willen Natur und Tourismus verbinden muss, können wir beweisen, dass Ökonomie und Ökologie zusammengehören.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Hier will ich aber auch die Stichworte Energiegewinnung aus Bioproduktion und Landschaftsbild noch einmal nennen. Wir besitzen nur die eine Natur, die eine Landschaft, die unser Land so liebens- und lebenswert macht. Wir werden in absehbarer Zeit daher sorgfältig überdenken, welchen Energien - auch regenerativen Energien - wir den Vorzug einräumen sollten, um nachhaltige Folgeschäden aus dieser Energieerzeugung zu vermeiden.

(Präsident Torsten Geerds)

Deshalb wünsche ich mir grundsätzlich, dass der Landtag ein Ideenforum für eine umfassende ökonomische und ökologische Diskussion sein wird. Es geht hier nicht um Gegensätze von Stadt und Land, von Wirtschaft, Landwirtschaft und Umweltschützern. Wir stehen alle auf derselben Seite. Denn wir alle hier in diesem Plenum haben unseren Teil der Erde nur in eine zeitweilige Obhut übernommen. Es liegt an uns, unsere Heimat in einem bestmöglichen Zustand an die nachfolgenden Generationen weiterzureichen.

Mit diesem Auftrag für die nächstfolgenden Generationen will ich auch betonen, dass das Thema Kinder- und Jugendschutz in Schleswig-Holstein für mich als Landtagspräsident weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen wird.

(Beifall)

Wir besitzen ein bundesweit als vorbildlich anerkanntes Kinderschutzgesetz, auf das wir zu Recht stolz sein können. Aber dabei allein darf es nicht bleiben. Dem Schleswig-Holsteinischen Landtag stünde es gut zu Gesicht, als Impulsgeber dieses Thema weiter intensiv zu begleiten. Auch diese Zahlen will ich eingangs noch einmal in Erinnerung rufen: 1,7 Millionen Minderjährige leben in Deutschland von Hartz IV. In unserer Landeshauptstadt Kiel leben 30,4 % aller Kinder unter 15 Jahren in Hartz IV-Familien. Ihre Aufstiegschancen sind gering, ihre Eltern haben keine Jobs, und die Hoffnungslosigkeit überträgt sich auf die Kinder. Jedes zwölfte Kind verlässt die Schule ohne Abschluss. Ein Lebensweg ist vorgezeichnet, der allzu oft in einen chancenlosen Kreislauf mündet.

Wichtig, ja für unser Land existenziell ist eine ökonomisch wie psychologisch kluge Politik. Deutschland kann es sich nicht leisten, dass viele Kinder von heute die materiell und geistig Armen von morgen sind. Für unser aller Wohlstand und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft brauchen wir jeden Menschen, und das unter Förderung und Forderung all seiner Stärken.

Damit will ich einen weiteren mir persönlich sehr wichtigen politischen Baustein ansprechen, für den ich auch als Landtagspräsident einstehen will, nämlich eine moderne Integrationspolitik. Es ist nicht erst seit den hitzig diskutierten Äußerungen des Bundesbankvorstandes Thilo Sarrazin höchste Zeit, dass wir uns als Gesellschaft Gedanken machen, wie wir die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund forcieren und fördern können. Auch im Landtag müssen wir uns mit diesem Thema befassen. Unsere Aufgabe ist es, diesen Menschen

Chancen zu ermöglichen: Dazu gehören auch Angebote beim Erlernen der Sprache, Initiativen in der Bildung und Ausbildung sowie die Förderung der verstärkten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Dies darf jedoch keine Einbahnstraße sein. Denn umgekehrt ist es auch an der Zeit, dass sich viele Migrantengedanken darüber machen, wie sie sich selbst noch stärker in unsere Gesellschaft einbringen können. Ich lebe in Neumünster, ich weiß also um die damit verbundenen fast unüberwindlich erscheinenden Aufgaben. Aber nach meiner festen Überzeugung bieten gerade der Landtag und unser Landeshaus eine geeignete Kommunikationsplattform, um in einen Meinungsaustausch einzutreten. Klar ist auf jeden Fall: Wir müssen uns dieser Aufgabe schon im gesamtgesellschaftlichen und in unserem nationalen Interesse stellen.

(Beifall im ganzen Haus)

Bei diesen und anderen Fragen ist es für mich nahezu zwingend, dass wir als Landtag die Kontakte und die Bindungen zu den beiden großen Kirchen und den anderen Religionsgemeinschaften festigen und intensivieren müssen. Die religiöse Klammer verbindet und vereint die Menschen in Schleswig-Holstein viel mehr, als wir Politiker manchmal zu glauben gewillt sind. Ich jedenfalls will den Dialog zwischen der Politik und den Religionen gern befördern.

Gestatten Sie mir ein Wort zum deutsch-dänisch-friesischen Miteinander: Diese „traditionelle“ Minderheitenpolitik in unserem Land ist gut aufgestellt. Als Landtagspräsident werde ich die von meinem Amtsvorgänger bisher verfolgte Linie kontinuierlich und vertrauensvoll weiter verfolgen. Der Umgang mit den Minderheiten in Schleswig-Holstein besitzt europaweit Vorbild- und Modellcharakter. Wir alle wollen, dass das so bleibt.

Aber ich will auch ganz gezielt die Aktivitäten in der entgegengesetzten Richtung nennen. Die Kooperation Schleswig-Holsteins mit Hamburg hat noch nicht ihr Optimum erreicht. Wir können gemeinsam noch mehr bewirken. Ich freue mich, dass die Kontakte zwischen dem Landtag und der Hamburgischen Bürgerschaft und speziell zu Ihnen, Herr Bürgerschaftspräsident Röder, ausgezeichnet sind.

Wir brauchen diese gute und enge Nachbarschaft zu Hamburg, wollen wir die Strukturen in Schleswig-Holstein nachhaltig und zukunftstauglich gestalten. „Nachhaltigkeit“ und „Zukunftstauglichkeit“ allein sind zwei Begriffe, die mit Reformen und mit politischem Leben erfüllt werden müssen. Nur so las-

(Präsident Torsten Geerds)

sen sich konkrete und gute Ergebnisse für unser Land erzielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Schleswig-Holstein haben uns mit ihrer Wahlentscheidung ein großes Maß an Vertrauen geschenkt und uns allen zugleich einen Auftrag erteilt. Den sollten wir mit unserer gemeinsamen Arbeit im Landtag in dieser 17. Wahlperiode bestmöglich erfüllen - zum Wohle Schleswig-Holsteins. Lassen Sie uns unserer Verantwortung gerecht werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben eine hohe Erwartungshaltung. Wir alle gemeinsam werden sie nicht enttäuschen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3 auf:

Verpflichtung der Abgeordneten

Die Vereidigung der Abgeordneten in der konstituierenden Sitzung des Landtags erfolgt in der Weise, dass Sie mir die Eidesformel nachsprechen. Ich bitte Sie, anschließend einzeln zur Bekräftigung der Verpflichtung durch Handschlag nach vorn zu kommen. Ich bitte Sie jetzt, sich von Ihren Plätzen zu erheben. Ich verlese die Eidesformel, und Sie sprechen mir bitte nach.

(Die Anwesenden erheben sich - Die Abgeordneten werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordnete/Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt, einzeln nach vorn zu kommen, damit ich die Verpflichtung vornehmen kann. Die Ordnung im Hause sagt mir, wir beginnen mit der größten Fraktion und arbeiten uns dann schrittweise durch. Ich weiß, es sind keine Durchgänge mehr vorhanden, daher bitte ich, das irgendwie zu organisieren.

(Die Abgeordneten werden von Präsident Torsten Geerds durch Handschlag verpflichtet)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich gratuliere Ihnen allen an dieser Stelle noch einmal zur Wahl. Sie dürfen Platz nehmen. Wir gehen jetzt an die Arbeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beschlussfassung über die Landtagsgeschäftsordnung

Antrag der Fraktion von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Drucksache 17/7

Bevor wir zur Abstimmung über den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung, Drucksache 17/7, kommen, möchte ich auf Folgendes hinweisen:

Gemäß § 43 Abs. 1 Landeswahlgesetz obliegt die Wahlprüfung einem hierfür bestellten Ausschuss des Landtags. Ich schlage Ihnen vor, wie bisher den Innen- und Rechtsausschuss als Wahlprüfungsausschuss zu bestellen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung, Drucksache 17/7. Liegen dazu Wortmeldungen vor?

(Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: Ich bitte um Einzelabstimmung zu 1 a)!

- Sie bitten um Einzelabstimmung. Das machen wir dann so. Es ist Einzelabstimmung beantragt worden. Ich lasse daher über die Nummer 1 a) des Antrags Drucksache 17/7 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass die Nummer 1 a) des Antrags Drucksache 17/7 mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktion der SPD angenommen worden ist.

Ich lasse über die weiteren Bestimmungen der Drucksache 17/7 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind die übrigen Bestimmungen des Antrags Drucksache 17/7 einstimmig angenommen worden. Damit ist der Antrag Drucksache 17/7 insgesamt angenommen.

Ich lasse über die Fortgeltung der bisherigen Geschäftsordnung einschließlich der Geheimhaltungsordnung in der soeben durch die Annahme der Drucksache 17/7 geänderten Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - So beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

(Präsident Torsten Geerds)**Wahl der Vizepräsidentinnen oder der Vizepräsidenten und der weiteren Mitglieder des Sitzungspräsidiums**

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2

Wahlvorschlag der Fraktion von CDU und FDP
Drucksache 17/3

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/4

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5

In der 17. Wahlperiode werden wir erstmals vier Vizepräsidentinnen des Schleswig-Holsteinischen Landtages wählen. Zur Wahl der Vizepräsidentinnen liegen die Vorschläge der Fraktionen vor. Die Fraktionen von CDU und FDP schlagen für die Wahl zur Vizepräsidentin die Frau Abgeordnete Herlich Marie Todsens-Reese vor, die Fraktion der SPD die Frau Abgeordnete Dr. Gitta Trauernicht, die Fraktion der FDP die Frau Abgeordnete Anita Klahn und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Vorschläge gehört. Gibt es weitere Vorschläge? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich schlage Ihnen vor, auf eine geheime Wahl zu verzichten und über alle Vorschläge gemeinsam abzustimmen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse über die vier Wahlvorschläge gemeinsam abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass die vier eben genannten Kolleginnen mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE zu Landtagsvizepräsidentinnen gewählt worden sind.

Ich frage die Frau Abgeordnete Todsens-Reese: Nehmen Sie die Wahl an?

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

- Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich frage die Frau Abgeordnete Dr. Trauernicht: Nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Gitta Trauernicht [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

- Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich frage die Frau Abgeordnete Anita Klahn: Nehmen Sie die Wahl an?

(Anita Klahn [FDP]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

- Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Und ich frage die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen: Nehmen Sie die Wahl an?

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

- Auch Ihnen gratuliere ich sehr herzlich.

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch! Auf ein gute Zusammenarbeit!

Ich rufe jetzt die Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer sowie deren Stellvertretungen auf, Wahlvorschlag der Fraktion von CDU und FDP, Drucksache 17/4, und Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/5. Die Fraktionen von CDU und FDP schlagen die Frau Abgeordnete Petra und als Vertreter Herrn Abgeordneten Markus Mattheießen vor. Die Fraktion der SPD schlägt den Abgeordneten Hans Müller und als Vertreterin die Frau Abgeordnete Marion Sellier vor. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, die beiden Wahlen gemeinsam vorzunehmen und offen abzustimmen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse über beide Wahlvorschläge gemeinsam abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen! - Herzlichen Glückwunsch! Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 6 auf:

(Präsident Torsten Geerds)**Wahl und Vereidigung der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten**

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/6

Der Wahlvorschlag Drucksache 17/6 lautet:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Abgeordnete Peter Harry Carstensen wird zum Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein gewählt.“

Ich frage, ob es weitere Vorschläge gibt. - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Nach Artikel 26 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein wird die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident ohne Aussprache gewählt. Nach Artikel 26 Abs. 3 und 4 ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags, das heißt die Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder - das sind 48 Abgeordnete - auf sich vereinigt. Erhält der Kandidat im ersten Wahlgang diese Mehrheit nicht, so findet ein neuer Wahlgang statt. Auch in diesem zweiten Wahlgang ist zum Ministerpräsidenten gewählt, wer die Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder auf sich vereinigt. Auch da sind es wieder 48. Kommt die Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.

Unsere Geschäftsordnung sieht eine geheime Wahl vor. Die Schriftführer werden die Namen der Abgeordneten aufrufen. Der Stimmzettel, der Ihnen wiederum vor den Wahlkabinen ausgehändigt wird, enthält den Namen des Kandidaten Peter Harry Carstensen sowie Markierungsfelder mit Ja, Nein und Enthaltung. Ich bitte Sie, den Stimmzettel mit dem Bleistift, den Sie in der Wahlkabine finden, auszufüllen.

Der Wahlakt ist damit eröffnet. Ich bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelausgabe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass jetzt jedes Mitglied des Hauses aufgerufen worden ist. - Das ist der Fall. Ich stelle fest, dass alle Stimmzettel abgegeben worden sind. - Ich höre keinen Widerspruch. Der Wahlakt ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung der Stimmzettel für ungefähr zehn Minuten.

(Unterbrechung: 12:58 bis 13:10 Uhr)

Präsident Torsten Geerds:

Sehr geehrte Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl des Ministerpräsidenten bekannt: Abgegebene Stimmen 95, davon gültige Stimmen 95. Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt.

(Anhaltender stürmischer Beifall bei CDU und FDP)

Ich würde das Ergebnis jetzt gern zu Ende bekannt geben: Neinstimmen 45, Enthaltungen keine. Damit stelle ich fest: Der Abgeordnete Peter Harry Carstensen ist im ersten Wahlgang zum Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein gewählt worden.

Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Carstensen, ob Sie die Wahl annehmen.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Ich bitte Sie, zur Vereidigung nach vorn zu kommen. Die Kolleginnen und Kollegen bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Bitte heben Sie die rechte Hand. Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte, sie mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich - Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben, so wahr mir Gott helfe.)

Herr Ministerpräsident! Herzlichen Glückwunsch, eine gute Hand und viel Glück!

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kollegin-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

nen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar für das ausgesprochene Vertrauen. Sie sehen mich im Moment glücklich und zugleich tief bewegt.

Ich will mein Amt im Dienst aller Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ausüben. Ich verstehe es als meine Aufgabe und Pflicht, Schleswig-Holstein zu dienen. Ich bin bereit, Verantwortung zu übernehmen. Ich werde mich mit Leidenschaft für unser Land einsetzen und dringend notwendige Reformen mit Augenmaß vorantreiben.

Wir haben eine Zeit der harten politischen Auseinandersetzung, den Wahlkampf, hinter uns. Er ist Teil des demokratischen Wettbewerbs. Heute reiche ich allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern die Hand. Sie können darauf vertrauen, dass ich mich mit meiner ganzen Kraft, Erfahrung und Überzeugung für ihre Anliegen einbringen werde. Ich reiche insbesondere auch allen Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus die Hand. Gerade nach einem heftigen Wahlkampf ist mir das ein Bedürfnis. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für unser Land; wir sollten sie auch gemeinsam wahrnehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Amt des Ministerpräsidenten ist eine große Aufgabe, denn unser Land steht vor gewaltigen Herausforderungen. Wir befinden uns in einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Wettbewerb zwischen den Regionen hat im Zuge der Globalisierung weiter zugenommen. Der demografische Wandel schreitet voran. Aber ich fühle mich bestärkt in meinem Glauben, dass wir diese Herausforderungen meistern können. Gehen wir sie mit Tatkraft und Zuversicht an! Dann erkennen wir in Schleswig-Holstein auch die Zeichen des Aufbruchs.

Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP steht für einen Aufbruch in eine bessere Zukunft. Beide Partner in der Koalition werden verlässlich und hart dafür arbeiten. Gemeinsam werden wir um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger für das Regierungshandeln werben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wählerinnen und Wähler haben uns allen einen Auftrag erteilt. Er ist an jeden in diesem Hohen Haus gerichtet. Wir haben uns um das Wohl Schleswig-Holsteins zu kümmern. Ich nehme diesen Auftrag ernst. Ich habe vor, Politik weiterhin nahe bei den Menschen zu machen, um mit ihnen unser Land voranzubringen. Es geht darum, durch eine Politik für Wachstum, Arbeit und Bildung Stabilität zu gewährleisten, und es geht darum, Schleswig-Holstein auch

künftig aus eigener Kraft gestalten zu können. In den nächsten zehn Jahren werden wir unser Land finanzpolitisch auf ein festes Fundament stellen müssen. Dazu wollen wir uns verpflichten. Weil wir an die kommenden Generationen denken, sind wir auch entschlossen, dieser Verpflichtung gerecht zu werden.

Die neue Regierung hat deshalb ihren Kurs für ein modernes und selbstbewusstes Schleswig-Holstein abgesteckt. In wenigen Wochen werde ich von dieser Stelle aus eine umfassende Regierungserklärung abgeben.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine vertrauensvolle, konstruktive, aber auch lebhaftige Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament zum Wohl unseres Landes. Arbeiten wir gemeinsam im Interesse unserer Heimat!

Ich bitte Sie ganz herzlich um Ihre Unterstützung für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung unterbreche, weise ich noch darauf hin, dass sich um 14:15 Uhr der Innen- und Rechtsausschuss, der Finanzausschuss, der Sozialausschuss und der Wirtschaftsausschuss im Konferenzraum 142 im ersten Obergeschoss konstituieren werden. Um 14:30 Uhr werden sich - ebenfalls im Konferenzraum 142 - der Bildungsausschuss, der Umwelt- und Agrarausschuss sowie der Europaausschuss konstituieren. Der Petitionsausschuss wird sich um 14:45 Uhr im Raum 138 konstituieren.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:20 bis 15:05 Uhr)

Präsident Torsten Geerds:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung wird fortgesetzt. Ich möchte Ihnen zunächst einmal mitteilen, dass Herr Abgeordneter Dr. Stegner erkrankt ist und an der weiteren Sitzung nicht teilnehmen wird. Von dieser Stelle aus wünschen wir ihm gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Vorstellung und Vereidigung der Landesministerin und der Landesminister

(Präsident Torsten Geerds)

Der Herr Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom heutigen Tag Folgendes mitgeteilt:

„Sehr geehrter Herr Präsident, im Zusammenhang mit der Regierungsbildung bitte ich Sie, gemäß § 28 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein die Vereidigung der Minister in der heutigen Sitzung des Landtags vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.“

Ich werde die Vereidigung gleich vornehmen. Der Ministerpräsident hat folgende Ministerinnen und Minister berufen - das will ich von hier oben noch einmal bekannt geben -: Herrn Dr. Heiner Garg, der neuer stellvertretender Ministerpräsident sein wird, Herrn Schmalfuß, Herrn Dr. Klug, Herrn Schlie, Frau Dr. Rumpf, Herrn Wiegard und Herrn de Jager.

Wir kommen jetzt zur Vereidigung. Ich werde Sie in der Weise vornehmen, dass ich die Eidesformel einmal verlese und Sie nach der Eidesformel bitte, einzeln, beginnend mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und daran anschließend in der Reihenfolge der Ressortziffern - ich hoffe, Sie kennen sie schon alle - zu mir zu kommen und die Worte nachzusprechen:

„...Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe...“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich - Die Ministerin und die Minister werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben, so wahr mir Gott helfe.)

Meine Dame und meine Herren Minister, ich gratuliere Ihnen im Namen des gesamten Hauses und wünsche Ihnen eine gute Amtsführung, viel Erfolg, viel Glück und viel Freude an der Arbeit.

(Anhaltender Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10

Mir liegen Signale vor, dass der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden soll. Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, diesen Tagesordnungspunkt gemäß § 57 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Landtagstagung Mitte November wieder aufzurufen. Ich bedauere es sehr, dass ich mich am Anfang der Legislaturperiode gezwungen sehe, dies zu tun, vor dem Hintergrund, dass wir heute die konstituierende Sitzung des Landtags haben und es unserem Stilempfinden entspricht, am heutigen Tag keine Sachdebatte zu führen, wie es bisher parlamentarische Sitte war, an einem solchen Tag keine Sachdebatte zu führen. Ich bedauere es sehr, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf bestanden hat, den Tagesordnungspunkt aufzurufen. Ich möchte mich bei der SPD-Fraktion ausdrücklich bedanken, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag auf die nächste Tagung verschoben hat.

Heute ist der Tag der Konstituierung des Landtags, der Konstituierung der Ausschüsse, der Ernennung der Ministerinnen und Minister, das ist nicht der Tag, an dem außerhalb von Dringlichkeiten Sachdebatten geführt werden sollten.

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir, weil wir die Vorgänge bei der HSH Nordbank untersuchen wollen, heute interfraktionell einen Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses stellen wollen. Das brauchen wir auch aus rechtlichen Gründen.

Ich bitte allerdings dringend darum, den heutigen Tag nicht damit zu belasten, dass wir eine Debatte führen, die nicht dringlich ist, sondern ausschließlich dazu dienen soll, den Charme des heutigen Tages infrage zu stellen. Deshalb bitte ich darum, den Punkt abzusetzen und im November wieder aufzurufen.

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Kollege Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kubicki, die Älteren erinnern sich, früher gab es eine Sendung, die hieß: „Was bin ich?“ Da hieß es: „Welches Schwein hätten Sie denn gern?“ Die Sendung begann immer mit einer typischen Handbewegung, mit der ein Beruf vorgestellt wurde. Jetzt haben wir die Chance, eine solche Handbewegung für unseren Berufsstand, eine Handbewegung der Demokratie auszuführen.

Mir wurde natürlich im Vorfeld gesagt, dass es ungehörig sei, so einen Antrag zu stellen und heute aufrechtzuerhalten. Ich sehe das selbstverständlich, und es ist richtig, dass inhaltliche Debatten bei der konstituierenden Sitzung unüblich sind. Aber der 17. Landtag Schleswig-Holsteins ist ein besonderer, er ist groß, er ist teuer, und er ist aufgrund eines **Wahlrechts** zustande gekommen, das besser in der letzten Legislaturperiode geändert worden wäre. Deswegen steht es uns allen gut zu Gesicht, mit der Beratung des Landeswahlgesetzes das Problem anzuerkennen. Dafür ist die konstituierende Sitzung heute und jetzt genau der richtige Moment.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Genau genommen ist jetzt der einzig richtige Zeitpunkt. Ob wir es im nächsten Monat tun oder in drei Monaten oder in sechs Monaten, das spielt schon gar keine Rolle mehr. Heute macht es den Unterschied. Denn angesichts unseres Arbeitgebers - das ist letztlich der Souverän - ist diese Debatte doch gehörig und sollte geführt und gehört werden.

Wer also sind wir? Die Würde des Hohen Hauses sollte nicht in Selbstgerechtigkeit, sondern in der Fähigkeit zur Selbstkritik bestehen. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag - ich bin jetzt etwas verwirrt - der CDU oder FDP nicht zuzustimmen, jedenfalls und schon gar nicht heute.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Es liegt eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Jürgen Weber vor.

Jürgen Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, ob wir das heute aufrufen, ist keine Frage von Gehörigkeit oder Nichtgehörigkeit, sondern hier ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, den wir ausführlich und sorgfältig beraten müssen, übrigens in mehr als einer Lesung, weil hier ein Gesetz geändert werden soll. Schon daraus ist überhaupt kein Zeitdruck herauslesbar, genauso wenig, wie Sie wissen, dass die Behandlung dieses Gesetzentwurfs irgendeinen Einfluss auf die rechtliche Bewertung dessen hat, was wir jetzt als Wahlergebnis und als Folge des Wahlergebnisses zu gewärtigen haben.

Deswegen glaube ich, mit Fug und Recht sagen zu können, dass wir das in aller Sorgfalt machen und auch sehr kritisch beleuchten müssen, wie es zu dem Problem gekommen ist, dass es jetzt rechtliche Folgen hat in der Analyse und Bewertung des Ergebnisses.

Deswegen sind wir als SPD-Fraktion der Auffassung, dass es keinen Grund gibt, eine parlamentarische Tradition ohne Not und Zeitdruck zu brechen. Deswegen werden wir dem Vertagungsantrag zustimmen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf von der Tagesordnung abzusetzen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKEN von der Tagesordnung abgesetzt worden. Der Punkt wird auf die Tagesordnung der nächsten Plenartagung gesetzt und ist für heute erledigt.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 9 und 11 auf:

Gemeinsame Beratung

- a) Einsetzung des „Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ der 17. Wahlperiode

(Präsident Torsten Geerds)

Antrag der Abgeordneten Wolfgang Baasch, Andreas Beran, Detlef Buder, Dr. Kai Dolgner, Peter Eichstädt, Rolf Fischer, Martin Habersaat, Bernd Heinemann, Birgit Herdejürgen, Dr. Henning Höppner, Anette Langner, Serpil Midyatli, Hans Müller, Birte Pauls, Regina Poersch, Sandra Redmann, Thomas Rother, Bernd Schröder, Olaf Schulze, Marion Sellier, Dr. Ralf Stegner, Siegrid Tenor-Alschausky, Dr. Gitta Trauernicht, Jürgen Weber (SPD)
[Drucksache 17/11 \(neu\)](#)

b) Einsetzung des „Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ der 17. Wahlperiode

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
[Drucksache 17/13 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Ich schlage vor, dass zunächst die antragstellende Fraktion, die ihren Antrag zuerst eingebracht hat, das Wort erteilt bekommt, also die SPD-Fraktion. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der letzten Tagung der letzten Legislaturperiode einen ersten sehr sparsamen Zwischenbericht unserer bisherigen Arbeit des Untersuchungsausschusses beraten und uns zugleich gegenseitig versichert, dass wir umgehend, zügig, in der ersten Tagung der neuen Legislaturperiode wieder einen Untersuchungsausschuss einsetzen wollen. Das werden wir heute über die Bühne bringen. Zu diesem Zweck hat die SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, und nach intensiven Beratungen gestern noch einmal im Untersuchungsausschuss der alten Legislaturperiode gibt es einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD und einen zusätzlichen Antrag der SPD. Was es damit auf sich hat, werde ich gleich mit einigen Worten erläutern.

Als Grundlage für die Beratung haben wir den Einsetzungsantrag zum Untersuchungsausschuss der letzten Legislaturperiode genommen - das war auch Konsens zwischen allen Fraktionen - und haben ihn um Bereiche ergänzt, die uns zum Teil erst im Rahmen der Beratungen neu zur Kenntnis gelangt sind. Ich nenne das Beispiel Schnellankaufverfahren, ich

nenne die Transaktion Omega 52 und Omega 55. Sie erlauben mir, dass ich hier im Plenarsaal nicht alles im Einzelfall erläutere, was dort zu untersuchen ist. Es geht um die Bekanntmachung der Überweisung von 45 Millionen \$ an Goldman Sachs im Herbst 2008 zu einem Zeitpunkt, zu dem der Untersuchungsausschuss bereits tagte und existierte. Es geht in einem weiteren Komplex um Forderungsverzicht zugunsten institutioneller Anleger in Höhe von 314 Millionen €.

Das sind alles **Komplexe**, die wir zusätzlich ins Auge fassen wollen und ins Auge fassen müssen, weil sie zeigen, dass wir bereits durch Einstieg in die Arbeit des Untersuchungsausschusses dazu beigetragen haben, vertieft Kenntnisse zu erlangen, und auf neue Dinge gestoßen sind, die der Untersuchung dringend bedürfen. Um sie untersuchen zu können, müssen sie Bestandteil des **Untersuchungsauftrags** sein, den das Parlament beschließt, weil wir nach dem Untersuchungsausschussgesetz nur das untersuchen können, was wir präzise als Untersuchungsauftrag im Plenum verabschiedet und beschließen. Denn der Untersuchungsausschuss kann nicht aus sich selbst heraus Untersuchungsgegenstandserweiterungen vornehmen.

Wir haben in dem **Antrag**, der Ihnen neu vorliegt, ein paar Änderungen, Erläuterungen und Klarstellungen vorgenommen, zum Beispiel im Hinblick auf das Agieren der Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin und auch der Bundesbank, Hier war von uns aus deutlich klarzumachen, dass wir nicht das Handeln der Bundesorgane untersuchen können und dürfen. Das kann nicht Untersuchungsgegenstand eines Untersuchungsausschusses des Landtags sein. Vielmehr müssen wir klären, in welchem Umfang Institutionen in Schleswig-Holstein, die HSH Nordbank oder auch die Landesregierung oder Gremien der Bank, die Bundesorgane informiert haben, ihnen Unterlagen überlassen haben beziehungsweise entsprechend tätig geworden sind. Deswegen haben wir diese Dinge etwas präziser und klarer formuliert.

Der große Rest, die weiteren Fragen, Entwicklung des Kreditersatzgeschäfts, Fragen der Risikoversorge, der Risikokontrolle, die Frage der Information des Parlaments, all die Dinge, die wir in den ersten Untersuchungsauftrag hineingeschrieben haben, bleiben Bestandteil.

Sie wissen, dass wir mit zwei Ausnahmen - wir haben bereits zwei Betroffene gehört -, die eigentliche Zeugenbefragung und den Einstieg in den Kern der Arbeit noch gar nicht haben leisten können durch

(Jürgen Weber)

die etwas ungewöhnliche und abrupte Beendigung der letzten Legislaturperiode.

Ich will in Kürze erläutern, warum die SPD-Fraktion - präziser gesagt: ihre Mitglieder als einzelne Abgeordnete - zusätzlich einen Gruppenantrag stellt. Der Antrag, den wir stellen, ist wortidentisch mit dem, den wir gemeinsam unterschrieben haben, ergänzt durch einen Absatz, der folgendermaßen lautet - ich trage ihn vor, weil es sich um eine Tischvorlage handelt und nicht alle das schon so zur Kenntnis haben nehmen können. Es geht um Folgendes:

„Der Untersuchungsausschuss soll darüber hinaus“

- über die Untersuchungen hinaus, die wir bisher beschrieben haben -

„dem Parlament zur weiteren Beratung und Beschlussfassung Vorschläge unterbreiten, wie das Parlament in Zukunft durch Änderungen bei der Ausgestaltung seiner Kontroll- und Informationsmöglichkeiten Vermögensschäden für das Land Schleswig-Holstein durch Unternehmen, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist, vor deren Eintritt besser erkennen kann.“

Wir sind der Auffassung: Das kann niemand besser als der Untersuchungsausschuss, der vertieft und intensiv unter Heranziehung aller Akten und aller Zeugenaussagen Kenntnis erlangt über die Tätigkeit der HSH Nordbank in ihren vielfältigen und teilweise schillernden Ausformungen. Auch im Hinblick auf die Kontrollgremien und das Handeln von Landesregierung werden wir zu vertiefenden Ergebnissen kommen. Dann macht es nicht nur Sinn, sondern ist dringend erforderlich, dass wir für die Schnittstelle - nicht bei der Beurteilung interner Abläufe innerhalb der Bank - zwischen Bank und Aufsichtsgremien und Landesregierung und vor allen Dingen für die Schnittstelle zwischen Landesregierung und Information des Parlaments aus diesen Erkenntnissen, die wir gewinnen, Vorschläge erarbeiten, die in die parlamentarische Arbeit einfließen sollen, um diese Dinge künftig besser regeln zu können. Das ist überhaupt nichts Sensationelles und Aufregendes. Auch im parallel laufenden Hamburger Untersuchungsausschuss haben wir eine entsprechende Passage, dort übrigens viel ausführlicher und konkreter, als wir sie hier formuliert haben.

Ich erinnere daran, dass wir auch in früheren Untersuchungsausschüssen - ich nenne als Beispiel den „Pallas“-Untersuchungsausschuss - als Ergebnis

und Bestandteil des Berichts des Untersuchungsausschusses ein umfangreiches Handlungspaket beschlossen, dem Parlament zur Beratung an die Hand gegeben haben. - Herr Maurus nickt. Er weiß noch sehr gut aus seiner parlamentarischen Tätigkeit, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss diese Dinge mit einer Vorschlagskette auf den Tisch gelegt hat.

Wir bitten darum, unserem Antrag zuzustimmen. Wir haben ihn formal so einbringen müssen, weil das **Untersuchungsausschussgesetz** klarstellt, dass nur ein in sich vollständiger und schlüssiger Untersuchungsauftrag - als solcher hier vorgetragen - realisiert und im Rahmen des Minderheitsrechts umgesetzt werden kann, das eine Gruppe von Abgeordneten hat, die so groß ist wie die SPD-Fraktion.

Das war in aller Kürze das, was wir in kleinen Ergänzungen zu dem, was wir alle gemeinsam wollen, auf den Weg bringen. Ich hoffe, dass Sie unserem Erweiterungsantrag zustimmen können. Wenn das nicht der Fall ist, ist das bedauerlich. Nichtsdestotrotz werden wir entsprechend verfahren können, weil uns das Untersuchungsausschussgesetz die Möglichkeit einräumt.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir die Arbeit schnell und zügig wieder aufnehmen können. Wir jedenfalls sind dazu bereit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Aufklärung findet nur im Untersuchungsausschuss statt“, das war die Überschrift der Pressemitteilung des Kollegen Weber für die SPD-Fraktion vor weniger als zwei Monaten. Er antwortete damit auf die Forderung der CDU-Fraktion, der damalige SPD-Spitzenkandidat möge sich zu seiner Beteiligung an den **Entscheidungen im Aufsichtsrat** der HSH Nordbank unter anderem zur Einführung des Schnellankaufverfahrens noch vor der Landtagswahl erklären. Ich kann den Kollegen Weber hier problemlos zitieren, denn nichts anderes hat auch die CDU-Fraktion angemahnt, nämlich die persönliche Stellungnahme von Ralf Stegner im Untersuchungsausschuss, aber eben noch vor der Landtagswahl. Dass dies nicht möglich sei, begründete der Kollege Weber damals wie folgt: Der

(Tobias Koch)

Wahrheitsgehalt der Medienberichte lässt sich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht prüfen; die Aufklärung der Sachverhalte findet im PUA statt, nicht in den Medien. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese für Ralf Stegner aufgestellten Maßstäbe sollten dann aber auch für andere gelten.

Ganz anders hingegen die SPD-Pressemitteilung vom 13. Oktober dieses Jahres. Dort wird im Hinblick auf die aktuellen Medienberichte zu den Omega-Transaktionen gefordert: Herr Nonnenmacher muss entlassen werden, wenn die Vorwürfe zutreffen.

Ohne weitere Prüfung der Medienberichte wird auch gleich das Urteil gesprochen. Der Verfasser formuliert wörtlich: „Die Kumpanei von Carstensen, Wiegard, Kopper und Nonnenmacher ruiniert das Land.“

Eingedenk der mahnenden Worte des Herrn Alterspräsidenten will ich an dieser Stelle auf eine weitere Kommentierung dieses Umgangs verzichten. Ich wünsche mir allerdings, dass sich auch der Verfasser dieses Textes die mahnenden Worte zu Herzen nimmt. Denn wie man sich leicht denken kann, waren diese Formulierungen nicht vom Kollegen Weber. Ich will heute keine Namen nennen, zumal der betreffende Kollege heute erkrankt ist.

(Heiterkeit)

Als CDU-Fraktion werden wir es auf jeden Fall nicht zulassen, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Trotz aller großen Presseberichte zu Omega 52 und Omega 55 dürfte bislang kaum jemand in diesem Haus in der Lage sein, zu einer seriösen und fundierten Beurteilung dieser Geschäfte zu gelangen. Es sind noch viel zu viele Fragen offen und zahlreiche Details zu klären, bevor überhaupt ein abschließendes Urteil gefällt werden kann.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir brauchen eine detaillierte Aufarbeitung der Verantwortung des Vorstands für die Omega-Transaktionen genauso, wie wir eine Klärung der politischen Verantwortung für Schnellankaufverfahren, für Niederlassungen in Steueroasen und für die exzessive Inanspruchnahme der Gewährträgerhaftung herbeiführen müssen.

Deswegen ist es für die CDU-Fraktion eine absolute Selbstverständlichkeit, heute den Untersuchungsausschuss nahtlos erneut einzusetzen und eine Erweiterung des Fragenkatalogs um die Themenkomplexe vorzunehmen, die seit Juni dieses Jahres hinzugekommen sind. Darüber hat im Übrigen keine

Landtagsfraktion zu keinem Zeitpunkt Zweifel gelassen, weshalb mir - mit Verlaub, Kollege Weber - das Vorpreschen der SPD-Fraktion mit einem eigenen Antrag genauso unverständlich ist wie den ursprünglichen Antragstellern von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Jürgen Weber [SPD]: Sie haben gar keinen vorgelegt!)

Auch wenn die SPD jetzt nach 22 Jahren wieder auf den harten Bänken der Opposition sitzt und Sie sich mit diesem Eigenantrag vermutlich gleich an die Oppositionsspitze setzen wollen, werden wir Sie nicht aus der Verantwortung Ihrer Regierungszeit entlassen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion steht für eine umfassende und ehrliche Aufarbeitung der Vorkommnisse bei der **HSH Nordbank**.

(Jürgen Weber [SPD]: Da bin ich mal gespannt!)

Wir haben immer darauf hingewiesen, dass wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg ein gemeinsames Interesse an einer vollständigen **Aufklärung** haben.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Allerdings werden wir uns auch nicht an einer Meinungsmache und an einem Kesseltreiben gegen die HSH Nordbank beteiligen. Neben allen berechtigten und notwendigen Aufarbeitungen der Vergangenheit haben wir auch eine Verantwortung für die Zukunft der Bank; für die Zukunft ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für die Zukunft des dort investierten Landesvermögens. Auch dieser Verantwortung sollten wir uns als Parlament bei der heute konstituierenden Sitzung und auch bei der zukünftigen Arbeit des Untersuchungsausschusses bewusst sein.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Präsident Torsten Geerds:

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, hat das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die HSH Nordbank hat die Finanz- und Wirtschaftskrise organisatorisch und prozessual nicht

(Wolfgang Kubicki)

ausreichend bewältigen können. Dies stellte die HSH Nordbank am 7. September 2009 vor dem Untersuchungsausschuss selbst in der Person des Chefjustizars fest. Ich werde es so formulieren: Die HSH Nordbank ist mehr als andere Banken erhebliche Risiken eingegangen. Sie hat ein erhebliches Kreditersatzgeschäft aufgebaut und war sehr stark im Bereich von nichtstrategischen Aktivitäten engagiert. Diese Risiken haben sich nun verwirklicht.

Mit 5 Milliarden € **Eigenkapital** sowie mit 10 Milliarden € an **Garantien** haben die Steuerzahler von Hamburg und Schleswig-Holstein die HSH Nordbank allein in den Jahren 2008 und 2009 unterstützt, um zu verhindern, dass die BaFin die gesetzlich vorgeschriebenen Schritte zur Schließung der Bank einleitet. Es ist vor diesem Hintergrund wenig beruhigend, dass die Bank bis zum 30. Juni 2009 ein Ergebnis nach Steuern von minus 559 Millionen € erzielt hat. Damit droht auch im **Jahr 2009** ein Milliardenverlust. Ich werde nicht behaupten wollen, dass das ein Erfolg ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich, dass ich einigermassen schockiert war, als ich am 15. Oktober im „Handelsblatt“ las, dass weder der SoFFin noch die Bundesregierung das **Geschäftsmodell** der HSH für mittelfristig nachhaltig und zukunftsfähig halten. Diese Aussage überrascht umso mehr, da SoFFin-Chef Rehm den Abgeordneten dieses Landtags - des letzten Landtags - im Frühjahr dieses Jahres im Finanzausschuss erklärt hat, dass das Konzept der Bank alternativlos sei. Erst auf der Basis dieser Einschätzung, die auf der Prüfung des Konzepts durch den **SoFFin** beruhte, hat das Parlament durch CDU und SPD dem Rettungspaket für die Bank zugestimmt. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, dass die HSH ganz offensichtlich das Parlament und möglicherweise auch die handelnden Akteure der damaligen Landesregierung in Schleswig-Holstein und Hamburg unzureichend informiert hat.

Die FDP sieht es daher als Pflicht an, dass der Untersuchungsausschuss auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt und um einige Themenbereiche ergänzt wird. Wir wollen, dass die **Verantwortlichkeiten** vollständig aufgedeckt werden, und wir wollen, dass die entsprechenden Konsequenzen für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gezogen werden, um das möglicherweise schädigende Verhalten entsprechend zu belangen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ausdrücklich: Ich freue mich, denn es ist nicht selbstverständlich, dass die drei ehemaligen Oppositionsfraktionen einen gemeinsamen Antrag eingereicht haben. Frau Kollegin Heinold und Herr Kollege Habeck, wir sind ja jetzt Regierungsfraktion. Ich bedauere es sehr, dass Sie es nicht geworden sind. Ich kann erklären, warum die SPD schneller war als wir. Bei euch hat selbstverständlich jemand das UA-Gesetz gelesen und festgestellt, dass der Antragsteller auf jeden Fall den stellvertretenden Vorsitz erhält. Dieser wäre sonst an die Grünen gefallen. Das ist klar. Kollege Weber, wir schlafen auch nicht auf dem Baum.

Auch in den Koalitionsverhandlungen war von Anfang an klar, dass CDU und FDP ein gemeinsames Interesse an der Aufklärung der Fehlentwicklungen bei der HSH-Nordbank haben und darüber hinaus auch sämtliche bis zum September 2009 bekannt gewordenen Sachverhalte mit in den Untersuchungsgegenstand einbeziehen werden. Dies haben FDP und CDU in den Koalitionsvertrag geschrieben, und wir werden dies auch gemeinsam umsetzen. Fest steht: CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und auch die SPD - darauf komme ich noch; ich vermute, auch die Fraktion DIE LINKE, denn in der Hamburgischen Bürgerschaft ist es nicht anders - haben ein großes Interesse daran, in Sachen HSH Nordbank gemeinsame Aufklärungsarbeit zu leisten.

Seit dem 17. Oktober ermittelt die **Hamburger Staatsanwaltschaft** nicht nur wegen Sorgfaltpflichtverletzungen von Vorständen und Aufsichtsratsmitgliedern und wegen Verletzungen der Vermögensvorsorgepflicht und Beihilfe dazu, sondern auch gegen heutige und frühere Vorstände der HSH wegen des Verdachts der Untreue bezüglich der sogenannten Omega-Geschäfte. Wenn die Staatsanwaltschaft schon untersucht, ob strafbare Handlungen vorliegen, dann hat das **Parlament** unweigerlich die Aufgabe, die politischen Verantwortlichkeiten zu klären. Lassen Sie mich persönlich an dieser Stelle ganz klar sagen: Wenn die Staatsanwaltschaft namentlich gegen den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank wegen des Verdachts der Untreue ermittelt, dann sollte es der Anstand gebieten, dass sich Herr Professor Nonnenmacher freiwillig aus seinem Amt zurückzieht oder es zumindest ruhen lässt, bis die Anklagebehörde entschieden hat, ob sie Anklage erheben wird oder das Verfahren einstellt. Ich sage ausdrücklich: Auch für Herrn Nonnenmacher gilt die Unschuldsvermutung.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Meldungen der vergangenen Wochen lassen den Eindruck entstehen, dass das Schiff HSH Nordbank weiterhin von einem schweren Sturm in den nächsten geworfen wird und eben nicht, wie von Herrn Kopper und von Herrn Nonnenmacher immer wieder beteuert wird, im sicheren Hafen angekommen ist. Seit der Untersuchungsausschuss am 17. Juni das erste Mal getagt hat, sind sowohl die Mitglieder des Ausschusses als auch die Öffentlichkeit auf eine Reihe von Sachfragen gestoßen, die eine **Auftragserweiterung** notwendig machen. Zu nennen sind hier die 45 Millionen \$, die ohne Rechtsanspruch an Goldman Sachs geflossen sind, die undurchsichtigen Bilanzverschönerungsmaßnahmen wie zum Beispiel Omega und die Schnellankaufverfahren, um nur drei Sachverhalte zu nennen. Wir werden diese Punkte aufnehmen und dafür sorgen, dass Fehlleistungen von Vorstand und Aufsichtsrat aufgeklärt werden. Das Parlament und insbesondere die schleswig-holsteinischen Steuerzahler haben ein Recht auf diese Aufklärung, und wir haben hierzu die Pflicht.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Dieser Verantwortung wird sich der Schleswig-Holsteinische Landtag insgesamt stellen. Dafür bin ich dankbar.

Kollege Weber, ich will kurz erklären, warum wir dem Ergänzungsantrag der SPD nicht folgen können. Ich glaube, das Parlament übernimmt sich definitiv, wenn es versucht, Steuerungselemente für künftige Entwicklungen einzuführen. Dies gilt vor allen Dingen für Bereiche, in denen wir nur Anteilseigner sind und ansonsten keine weiteren Einwirkungsmöglichkeiten haben. Falls Sie das nicht überzeugt: CDU und FDP haben in den Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben, dass wir uns schnellstmöglich von den HSH Nordbank-Anteilen trennen wollen. Schnellstmöglich heißt, möglicherweise schon bevor der Untersuchungsausschuss seine Arbeit beendet hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Fürter das Wort.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stehen erst am Beginn der Aufarbeitung der Frage, wie es zu den gravierenden Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank kommen konnte. Bereits heute bringen wir - noch in der konstituierenden Sitzung des Landtags - einen gemeinsamen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein. Damit wollen wir das Verfahren beschleunigen. Der neue Ausschuss kann damit zeitnah an die wertvolle Arbeit des letzten Ausschusses anknüpfen und sich konstituieren.

Der Antrag wird fraktionsübergreifend eingebracht. Für uns Grüne ist das ein deutliches Signal: Das Interesse an der Aufklärung der Vorgänge bei der HSH Nordbank soll kein Bereich sein, in dem es nur um die Frage der Regierung auf der einen und der Opposition auf der anderen Seite geht. Beide Seiten in diesem Haus haben ein vitales Interesse daran, dass die **Vorgänge** nachhaltig aufgeklärt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die **Kapitalhilfen** werden die Spielräume der Politik für lange Zeit stark beschränken. Deswegen sind die Konsequenzen aus dem Desaster auch eine Sache des **gesamten Parlaments**. Für ein Bremsen der Aufklärung, aus welchem Grund auch immer, hätten die Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis.

Aufgrund der Entwicklungen der letzten Monate haben wir den ursprünglichen **Untersuchungsauftrag** um mehrere Fragenkomplexe erweitern müssen. An dieser Stelle will ich beispielhaft nur zwei Punkte herausgreifen: Erstens. Die HSH soll in erheblichem Maße im sogenannten Schnellankaufverfahren Investments getätigt haben. Hochkomplexe Kreditentscheidungsprozesse, die im normalen Geschäftsablauf Wochen oder Monate dauern können, sollen dabei auf wenige Tage verkürzt worden sein. Wir möchten wissen, inwieweit die Mitglieder der Landesregierung im Aufsichtsrat Kenntnis von dieser Geschäftspraktik hatten und was sie unternahmen, um die Interessen des Landes zu schützen. Herr Finanzminister Wiegard, allen voran sind Sie, da Sie in diesen Jahren im Aufsichtsrat, im Risikoausschuss und im Prüfungsausschuss der Bank saßen und eine Stellungnahme zum Schnellankaufverfahren bislang tunlichst vermieden haben.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle bei aller Überparteilichkeit in der Antragstellung eine Anmerkung: Ich möchte die FDP ausdrücklich dafür loben, dass

(Thorsten Fürter)

sie es durchgesetzt hat, Herrn Wiegard die Zuständigkeit für die HSH zu entziehen, um weiteren Schaden vom Land abzuwenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Regierung aber derselben Person offenbar weiterhin zutraut, die Finanzen des Landes in Ordnung zu bringen, ist schon sehr mutig. Herr Ministerpräsident Carstensen, ich hätte erwartet, dass Sie einen klaren Schnitt machen und Herrn Wiegard als Minister alle Aufgaben entziehen. Die Probleme des Landes sind so groß, dass wir gerade im Finanzministerium nur eines gebrauchen können, nämlich absolute Kompetenz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der LINKEN)

Ein weiterer neuer Komplex ist das Desaster um die sogenannten Omega-Transaktionen. Wir wollen lückenlos aufklären, ob sich der **Vorstand** der Bank bei diesem über 500 Millionen € schweren Geschäft tatsächlich über die Warnungen der Risikoexperten hinweggesetzt hat. Hat der Vorstand wirklich versucht, Teile des Geschäfts vor der Aufsichtsbehörde BaFin zu verheimlichen? Inwieweit war der Aufsichtsrat um Finanzminister Wiegard in die waghalsigen Omega-Geschäfte eingeweiht? - Das sind Fragen, die wir aufklären wollen. Dann wird sich auch zeigen, ob es zu verantworten war, Herrn Nonnenmacher mit den Stimmen der Landesregierung zum Vorstandvorsitzenden zu berufen, obwohl die Omega-Vorwürfe bereits im Raum standen.

Für meine Fraktion und mit Blick auf den Antrag der SPD-Fraktion möchte ich hinzufügen: Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, dass sich der neue Untersuchungsausschuss auch mit der Frage beschäftigt, wie in Zukunft unvermeidbare finanzielle Risiken vermieden werden können. Die **Bürger-schaft in Hamburg** hat diesen Untersuchungsauftrag in den Hamburger Einsetzungsbeschluss mit aufgenommen. Wir wollen, dass sich auch der schleswig-holsteinische Untersuchungsausschuss damit beschäftigt.

Vergossenes Wasser werden wir nicht wieder in den Krug zurückbekommen. Aber so einfach, wie es in Ihrem Koalitionsvertrag steht, ist es natürlich auch nicht. Dort steht, CDU und FDP schließen neue Garantien und Kapitalzuführungen für die HSH Nordbank aus. Aber was waren denn die Gründe, die dazu geführt haben, dass sich die schleswig-holsteinischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Ausmaß für die HSH Nordbank verbürgen müssen, für ein Umstrukturierungs-

konzept - das möchte ich dazu sagen -, das mich bis heute nicht überzeugt hat? Das heißt: Wie können wir aus diesen Fehlern lernen, um in Zukunft das umzusetzen, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben? Das ist doch die eigentliche Frage, die in dem Koalitionsvertrag bis heute nicht beantwortet wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für uns Grüne kann ich eine konstruktive Zusammenarbeit auch im neuen PUA zusagen. Wir werden mit Ihnen zusammen dafür sorgen, dass der neue Untersuchungsausschuss seinen Auftrag zügig, seriös und erfolgreich erledigt. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, es wird Sie nicht sonderlich beunruhigen beziehungsweise überraschen, dass wir als Fraktion DIE LINKE auch für die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sind. Das haben wir vor der Wahl angekündigt. Um so erstaunter waren beziehungsweise sind wir, dass wir weder von der SPD noch vom SSW, von den Grünen oder von der FDP eingeladen und angesprochen worden sind, ob wir einen gemeinsamen Antrag stellen wollen. Das fanden wir nicht nett.

(Zurufe)

- Das war schon bei den Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung so. Sie wurden uns heute erstmals schriftlich als Tischvorlage präsentiert.

Es tut nicht weh - das kann ich Ihnen sagen -, uns auch in die parlamentarischen Prozesse zu integrieren. Versuchen Sie es doch einfach einmal!

Aus der Tageszeitung - ich möchte keine Werbung machen, deshalb sage ich nicht, aus welcher - haben wir heute erfahren, dass der PUA, der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, sich das erste Mal am 2. November 2009 zusammensetzen wird. Wir wissen davon nichts. Und ich finde - um einmal mit den Worten von Robert Habeck zu sprechen - es ein bisschen ungehörig, dass noch bevor ein Untersuchungsausschuss eingesetzt ist, gegenüber der Tageszeitung lanciert wird, wann man sich

(Ulrich Schippels)

treffen wird, ohne das vorher mit uns zu besprechen.

Wir möchten Sie bitten, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass es ab jetzt die Fraktion DIE LINKE auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag gibt.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber erst ab heute!)

Ich denke, wir müssen auch nicht besonders erklären, warum gerade DIE LINKE einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für wichtig hält. Zwei Aspekte möchte ich dennoch erwähnen.

Zum Ersten: Die rot-grüne Landesregierung hat mit der betriebenen Fusion der Hamburger und der Schleswig-Holsteinischen Landesbank zur HSH Nordbank dem Land - wie ich finde - letztlich einen Bärendienst erwiesen. Die **Geschichte der HSH Nordbank** war ein denkbar schlechter Startschuss für die auch notwendige punktuelle Zusammenarbeit der beiden Bundesländer.

Zum Zweiten - Herr Kubicki, hören Sie bitte zu -:

(Zurufe: Oh, oh!)

Zum anderen: Das gescheiterte Projekt HSH Nordbank ist in meinen Augen auch ein Scheitern der neoliberalen Politik. Ole von Beust hat sich noch 2008 damit gerühmt, dass eine Einflussnahme der Politik auf die Entscheidungen der HSH Nordbank quasi nicht vorhanden sei. Dies sei ein Garant für den Erfolg der Bank. Inzwischen wissen wir, dass dem nicht ganz so ist, dass die Bank eben gerade deshalb gescheitert ist, weil es keine ausreichende **Kontrolle**, auch und vor allem durch die politisch Verantwortlichen, gegeben hat.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Herr Kubicki, genau dies wollen wir im Untersuchungsausschuss erörtern. Wir wollen die **Verantwortlichkeiten** klären, die Verantwortlichen zur Rechenschaft und für die Zukunft auch Konsequenzen ziehen. Deshalb werden wir dem gemeinsamen Antrag der anderen Fraktionen auch zustimmen.

Wir werden uns beim Antrag der SPD-Fraktion enthalten, nicht nur deshalb, weil wir auch hier wieder nicht gefragt worden sind,

(Zuruf von der SPD: Oh!)

wir erkennen auch das Bemühen der SPD an, Schlussfolgerungen aus der HSH-Nordbank-Affäre ziehen zu wollen, aber wir denken, so geht das nicht. Mit dem Ergänzungsantrag würde - so unsere Befürchtung - der **Untersuchungsauftrag** ins Bo-

denlose aufgebläht werden. Wir wissen zum Beispiel nicht: Was ist eine maßgebliche Beteiligung? Das müsste doch erst einmal substantiiert werden, bevor wir dem zustimmen können.

Wie anfangs erwähnt: Wir erkennen das Bemühen der SPD an und werden uns deshalb enthalten.

Ansonsten hoffe ich, dass wir zukünftig gut zusammenarbeiten werden.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SSW hat versprochen, dass es auch in der neuen Wahlperiode einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank geben wird. Daran halten wir uns auch, genau wie alle anderen.

Es ist ein gelungener Start für die Arbeit im PUA, dass auch die beiden Regierungsfractionen den Antrag so mittragen. Allerdings möchte ich trotz des gemeinsamen Antrags deutlich machen, dass wir den Einzelantrag der SPD so nicht teilen. Aus Sicht des SSW kann es nicht Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, Kontrollmöglichkeiten zu erarbeiten, um zukünftige **Fehlentwicklungen** bei der HSH Nordbank zu vermeiden.

Erstens bin ich der Meinung, dass das Aktiengesetz eine Kontrolle der HSH Nordbank durch den Landtag gar nicht zulässt. Und zweitens haben wir kein Interesse daran, die Landesregierung aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Dies sage ich nicht aus einer Oppositionshaltung heraus, sondern weil die Trennung von Parlament und Regierung dies voraussetzt.

Der **Untersuchungsauftrag** sollte sich daher nach Meinung des SSW der Aufklärung und der politischen Bewertung der Erkenntnisse widmen. Die Schlussfolgerungen für die Zukunft der Bank sollten im Diskurs zwischen Parlament und Regierung später beraten werden. Außerdem haben wir sowohl im **Beteiligungsausschuss** als auch im **Finanzausschuss** schon jetzt die Möglichkeit, uns mit den aktuellen Erkenntnissen viel schneller auseinanderzusetzen.

Direkte Kontrolle und Einflussnahme geschehen in einer AG aber durch den **Aufsichtsrat**. Wer also

(Lars Harms)

Einfluss nehmen will, der muss dies durch einen Vertreter im Aufsichtsrat tun.

Die Auseinandersetzung über diese Fragen ist dringend notwendig. Permanent reiht sich eine Katastrophe an die nächste, und die einzige Reaktion der Landesregierung darauf ist, dass Herr Wiegard wegen seiner schlechten Arbeit erst den Aufsichtsrat verlässt und ihm dann der Verantwortungsbereich für die HSH Nordbank entzogen wird.

Für den SSW steht fest, dass wir unseren Finanzminister nicht aus der Verantwortung lassen, auch wenn er formell jetzt nicht mehr zuständig ist.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Nach wie vor ist Herr Wiegard für die Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank in der Vergangenheit mitverantwortlich, da er die politischen Fehlentscheidungen der Landesregierung in den letzten viereinhalb Jahren mitgefällt und mitgetragen hat.

Besonders deutlich wird das Versagen der Verantwortlichen in der bisherigen Landesregierung an den letzten Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden Hilmar Kopper. Herr Kopper braucht ja auch nichts zu befürchten, denn unsere Landesregierung hat sich aus dem Aufsichtsrat zurückgezogen. So haben wir auch kein Mitspracherecht mehr, wenn Herr Kopper beschließt, die politisch Verantwortlichen und auch alle schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger an der Nase herumzuführen. Der Vorschlag, dass die Manager trotz Gehaltsdeckelung **Boni-Zahlungen** kassieren können, ist so unverschämt, dass es einem fast die Sprache verschlägt. Der Hochmut der „Geldgewaltigen“ wird kaschiert, indem Herr Kopper ein Vergütungsmodell, das sich am langfristigen Erfolg der Bank ausrichtet, bewirbt und gleichzeitig die Beschlüsse dieses Landtages völlig ignoriert.

Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Manager auch dann keine Boni bekommen, wenn die Bank wieder dividendenfähig ist. Erst wenn das Geld der schleswig-holsteinischen Steuerzahler wieder zurückgezahlt wurde und wir als Land kein Risiko für die Bank mehr tragen, können auch die Manager für ihre Arbeit wieder mehr Geld bekommen. Alles andere sorgt für Unverständnis in der Bevölkerung und ist ein respektloser Umgang mit unserem Parlament.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zu diesem Umgang hat nicht zuletzt unser Finanzminister Wiegard beigetragen, indem er der Selbstbedienungsmentalität der Großmanager dadurch Vorschub geleistet hat, dass er sich aus dem Kontrollgremium Aufsichtsrat verabschiedet hat. Weitere Baustellen sind aber auch die von Herrn Nonnenmacher genehmigten Transaktionen Omega 52 und 55. Obwohl Risikomanagement und Wirtschaftsprüfer die Übernahme der **Risiken** - unter anderem von Lehman Brothers und Hypo Real Estate - kritisierten, hinderte dies die Bank nicht daran, einer Verlängerung dieser Geschäfte zuzustimmen. Insgesamt mehr als 500 Millionen € musste die Bank nun abschreiben.

Erneut macht dieser Vorgang deutlich, wie unzureichend Risikomanagement und Kontrollsysteme der Bank seit 2005 waren und wie wenig Einfluss der Finanzminister und auch der Ministerpräsident auf unsere Landesbank hatten.

Schon heute kann dank des PUA der politische Weg in die Krise der HSH Nordbank nachgezeichnet werden. Der Drang nach Privatisierung und die Börsenorientierung haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Probleme der HSH Nordbank so groß wurden. Gesellschaftliche Ziele wie die Unterstützung der regionalen Wirtschaft sind weiterhin höchstens Nebensache. Die Banken wollen so weitermachen wie bisher, und Rendite und Gewinnmaximierung stehen weiterhin an oberster Stelle. Das kann eigentlich nicht wahr sein.

Wenn dies aber so ist, sollen die Manager - aus unserer Sicht - auch das **Haftungsrisiko** dafür tragen. Dies darf nicht dem Steuerzahler zugemutet werden. Diese Feststellung kann man heute schon treffen. Alles andere wird der Untersuchungsausschuss hoffentlich sehr schnell erarbeiten. Wir werden natürlich für unseren gemeinsamen Antrag stimmen und den Antrag der SPD entsprechend ablehnen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich weise zunächst darauf hin, dass nach Artikel 18 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung der Landtag verpflichtet ist, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wenn der Antrag von einem Fünftel der Mitglieder des Parlaments unterstützt wird. Ich stelle fest, dass der Antrag der Fraktion der SPD von

(Präsident Torsten Geerds)

einer ausreichenden Zahl von Abgeordneten unterstützt wird.

Ich weise weiter darauf hin, dass sich beide vorliegenden Anträge auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit weitgehend identischem Gegenstand beziehen. Lediglich in einem Punkt - Erarbeitung von Vorschlägen betreffend die Kontroll- und Informationsmöglichkeiten des Parlaments - unterscheiden sich die Anträge.

Wir kommen jetzt zu der Beschlussfassung nach § 2 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes. Ich schlage vor, zunächst über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Drucksache 17/13 (neu), abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag hat die Zustimmung des gesamten Hauses gefunden.

Ich lasse über den Minderheitsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion, Drucksache 17/11 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/11 (neu) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt worden.

Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Es meldet sich der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für die CDU- und FDP-Fraktion erklären, dass nach unserer Rechtsauffassung für den Untersuchungsauftrag im zusätzlichen Antrag der SPD trotzdem das notwendige Quorum erreicht ist und dass trotz der ablehnenden Haltung der Mehrheit des Hauses das von der SPD vorgeschlagene Thema Untersuchungsgegenstand geworden ist.

Präsident Torsten Geerds:

Ich stelle Einigkeit in dieser Frage fest. Darauf bezogen sich auch meine einleitenden Worte mit dem Hinweis auf den Artikel 18 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung. Damit haben wir alle Beschlüsse gefasst und können diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die nächste Tagung am 18. November 2009 um 10 Uhr beginnen wird. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:53 Uhr